

## Die belgische Frage.

Kriegszielerörterungen im Hauptauschuß.

Der Hauptauschuß des Reichstages setzte gestern seine Beratungen fort. Vor der Tagesordnung erklärte General v. Oven, daß die im Felde vorgenommenen kleinen Zeichnungen bei der Kriegsanleihe durch Quittung und durch ein dem Zeichnungschein beigegebenes Verzeichnis der Zeichner gesichert sind. Das Kriegsministerium ist mit Sparloosen und Genossenschaftsbanken in Verbindung getreten, um Spararten und Sparmarken für die Soldaten einzuführen.

### Die belgische Frage.

Darauf wurde über die besetzten Gebiete beraten. Ein fortschrittlicher Redner sprach zunächst anerkennende Worte für den verstorbenen Generalgouverneur v. Bissing und äußerte sich darauf über die belgische Frage. Die Annexion Belgiens sei als erledigt anzusehen, sie würde auch die nationale Geschlossenheit des Deutschen Reiches beeinträchtigen. Ein halbsoveränes Belgien würde eine feste Kriegsdrohung bedeuten. Aber auch der volle Status quo ante wäre gefährlich, Belgien würde vollkommen ein Anhängsel der Entente sein. Der einzige Weg, der zum Ziele führt, sei die staatliche Trennung von Flamen und Wallonen. Jetzt im Kriege müsse Deutschland sich die Flamen geneigt machen. Die große Mehrheit der Flamen verlange den innerbelgischen Dualismus, der auch uns willkommen sein könnte. Die deutsche Verwaltung müsse den belgischen Staat in zwei Staatsgebilde zerlegen, welche lediglich durch den gemeinsamen Generalgouverneur zusammengehalten sind, die uralte Sprachgrenze abstecken und die Beamten in das Gebiet ihrer Nation verschieben sowie Flandern wirtschaftlich angliedern, den Rat von Flandern als Vorläufer des Parlaments ankündigen und durch wohlwollende Behandlung der Stadt Gent und der Flamen überhaupt der deutschen Sache dienen.

Der Staatssekretär des Innern wies zunächst auf seine im Februar im Ausschuß gemachten Äußerungen über die Flamenpolitik hin. Er könne sich den Ausführungen des Vorredners über die völkischen und sprachlichen Verhältnisse Belgiens, die der Flamenpolitik zugrunde liegen, in allem Wesentlichen anschließen. Die Meinung, daß zu langsam vorgegangen werde, könne er nicht als berechtigt anerkennen. Man müsse das Tempo des Vorgehens und die in der Sache liegenden Schwierigkeiten in Beziehung zueinander setzen. Der Staatssekretär gedachte in warmen Worten des Generalgouverneurs v. Bissing, dessen Verdienste als treibende Kraft in der Flamenpolitik auf immer mit der Geschichte des Krieges verbunden sein werden. Sein Werk werde mit allem Nachdruck fortgesetzt werden. Die Verwaltungstrennung werde in engster Fühlung mit dem Rat von Flandern bearbeitet und mache gute Fortschritte. Die einheitliche Durchführung der Flamenpolitik auch in den dem Heer und der Marine unterstellten Gebieten sei gesichert. — Oberst Marquard erklärte, daß der Kaiserliche Erlaß auf Zurückführung der belgischen Arbeiter im großen und ganzen durchgeführt sei.

### Kirchenfragen in Belgien.

Ein Zentrumsredner wollte sich nicht schon jetzt über die deutschen Kriegsziele in Belgien auslassen, aber unter allen Umständen müsse eine zielbewusste, besonnene Flamenpolitik geführt werden. Die Verwaltungstrennung müsse beschleunigt werden und die Garantien dauernder Haltbarkeit erhalten. Die Flamen seien ein treu katholisches Volk und eine richtige Kirchenpolitik sei die erste Voraussetzung für das Gelingen der Flamenpolitik. Sämtliche Deportierte müßten auf ihren Wunsch in die Heimat zurückgelassen werden. — Ein Fortschrittler führte aus, daß der Vorwurf unberechtigt sei, der Reichskanzler hätte durch seine Worte von dem Unrecht des Einmarsches in Belgien die Stimmung im Auslande so verdorben. Hätte der Kanzler sich auf das Recht Preußens zur Besetzung der belgischen Festungen berufen, so hätte er damit das Recht Englands zur Besetzung der belgischen Küstenplätze anerkennen müssen. Ein Einfallstor für englische schwere Artillerie usw. seien die flandrischen Häfen nicht, weil sie nur von ganz flach gehenden Schiffen angelassen werden können. Andererseits kann ihr Besitz durch U-Boote mit großem Aktionsradius erlegt werden. Mit dem Schlagwort: Der Frieden müsse die gebrachten Opfer lohnen, vermehre man nur die Opfer. — Die Deutsche Fraktion wies auf die Notwendigkeit einer Flankendeckung für das rheinische Industriegebiet und auf die Wichtigkeit des Hafens Antwerpen hin. Ein Belgien unter der alten Dynastie würde die Flamen den Wallonen ausliefern und England ein Glacis auf dem Festland schaffen. Deutschland müsse die flämische Sprache fördern, die der unseren so verwandt ist.

Ein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen will den Reichskanzler ersuchen, alsbald die erforderlichen Maßnahmen zur sofortigen Rückbeförderung der flämischen Zwangsarbeiter aus Belgien und Nordfrankreich in ihre Heimat zu treffen.

### Das „Unrecht“ gegen Belgien.

Ein Konservativer führte in seinen Gedanken für den Freiherrn von Bissing aus, daß die Kritik seiner Partei gegen einzelne Verwaltungsmaßnahmen sich nicht gegen den ihr politisch nahestehenden Mann gerichtet habe, sondern gegen die Gewinnungspolitik der Reichsleitung. Ohne die Einwohner der besetzten Gebiete bedrücken zu wollen, müßten sie sich doch den gleichen Einschränkungen ihrer Lebenshaltung unterwerfen wie die Bewohner Deutschlands. Belgien habe seinen Zweck, ein Pufferstaat zwischen Frankreich und Deutschland zu sein, nicht erfüllt. Nichts habe uns so geschadet wie das unheilvolle Wort von dem „Unrecht gegen Belgien“. Wir stehen vor der Frage, ob die flandrische Küste unter unserem Einfluß oder den Englands kommen soll. Darüber habe sich der Staatssekretär nicht geäußert. Diese Küste müßte unter deutschem militärischem Einfluß bleiben. An einen Verständigungsfrieden glaubt der Redner nicht, und andere Zustände könnten Deutschland nicht für den Verzicht auf den freien Zugang zum Meere entschädigen. Immerhin noch werde selbst von hohen Persönlichkeiten Ausländerei getrieben und öffentlich französisch gesprochen, selbst hier in Berlin und angeblich auch im flämischen Gebiet. In diesem Hungerkrieg sei jede übertriebene Rücksichtnahme auf die Einwohner der besetzten Gebiete eine Härte gegen die eigenen Volksgenossen. Arbeiter, die in Belgien überflüssig seien, müßten eben anderswo beschäftigt werden. Die besetzten Gebiete seien nicht viel kleiner als Deutschland, haben aber für die Ernährung unseres Herres wenig beigetragen. Hoffentlich werde die Unterstellung der landwirtschaftlichen Sachverständigen unter die militärischen Befehlshaber statt unter die Intendantur, so spät sie auch erfolgte, noch von Nutzen sein.

Ministerialdirektor Dr. Lewald gab nähere Auskunft über die Durchführung der Verwaltungstrennung, die in wenigen Wochen vollendet sein dürfte. — Die Deutsche Fraktion bezeichnete Einheitlichkeit der maßgebenden Stellen als unbedingt erforderlich. Was wir den Flamen schaffen, muß unter allen Umständen erhalten bleiben.

### Die Sozialdemokratie für Belgiens Unabhängigkeit.

Ein Sozialdemokrat wendete sich gegen jealide Verwaltungspolitik. Belgien müsse in einer Form wieder hergestellt werden, die den Wünschen der Belgier selbst, der Wallonen wie der Flamen, entspricht, also als ein nach beiden Seiten hin un-

138